

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise  
End in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 202-201  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend

19. Juni 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 202-201

## Der Schwindel mit Amerika.

### Bestellte und gefälschte Kabelgramme — und die wirkliche Auffassung.

Die gesamte Fürstenpresse arbeitet seit Tagen mit bestellten oder gefälschten Kabelgrammen aus Amerika, des Inhalts, Amerika würde den Deutschen den Kredit sperren und sie folglich am ausgebreiteten Arm verhungern lassen, wenn das Vermögen der Fürsten enteignet würde. Inwiefern dieser Amerikaschwindel mit der „nationalen Würde“ vereinbar ist, mag die „nationale“ Presse selbst entscheiden, sie hat ja dafür das Monopol. Immerhin ist es interessant, zu erfahren, wie man in Amerika wirklich über die inneren deutschen Kämpfe denkt. Deshalb sei hier ein Aufsatz aus dem führenden Handelsblatt der New Yorker Großfinanz, dem „Journal of Commerce“ vom 9. Juni in wortgetreuer Uebersetzung wiedergegeben:

Am 20. Juni ist der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung Deutschlands Gelegenheit gegeben, auf die Frage, ob die Forderung des Volkes auf Enteignung der Fürstentümer Gesetz werden soll, mit „Ja“ oder „Nein“ zu antworten. Als zuerst die Forderung nach einem Volksbegehren auftauchte, hatten selbst die heftigsten Widersacher gegen

wächst die Furcht der Befürwortung der Fürstenforderung vor der Volksstimme.

Der Reichspräsident Hindenburg ist im letzten Augenblick angestiftet worden.

in gewissermaßen unoffizieller Form die Enteignungsvorschläge als „Angriff auf die Grundlage des Staates und als eine Verletzung der fundamentalen Gesetze von Moral und Recht“ zu verdammen. Das sind sehr starke Worte des Reichspräsidenten, der sich bis dahin vorsichtig davon zurückgehalten hat, seine Person in den Vordergrund zu stellen. Es sind auch bedeutungsvolle Worte, denn sie beweisen, daß die Herzen aller derjenigen, die sich hinter den Reichspräsidenten gestellt haben, von Furcht ergriffen sind, daß der Volksentscheid zu ihren Ungunsten ausgehen könnte. Dadurch, daß der Reichspräsident dem Prinzip noch seine Absicht, die Unterschrift unter das Enteignungsgesetz zu verweigern, angelündigt hat, womit als Folgeerscheinung sein Rücktritt verbunden sein würde, hat er seinen gesamten persönlichen Einfluß in die Waagschale geworfen im Kampf gegen die Forderung des Volkes. Nachdem jetzt die Regierung, Kirche und alle Anhänger des monarchischen Systems in gemeinsamer Abwehrfront stehen, könnte der Sieg der Anhänger des Volksentscheides nur durch die alles niederwerfende Entrüstung des Volkes erklärt werden.

Sollte das deutsche Volk in diesem Kampf siegreich sein, so ist damit noch keinesfalls bewiesen, daß es einen Mangel an Respekt vor Eigentumsrechten aufzuweisen hat.

Der Sieg wäre einfach nur ein Beweis dafür, wie jeder Ueberlegung bar, die Politiker es unternommen haben, ein verarmtes Volk zu zwingen, ihren früheren in Mißkredit gekommenen Beherrschern Reichtümer und finanzielle Macht zuzuschanden.

Wenn ein Blatt von der führenden Stellung des „Journal of Commerce“ solche Ansichten vertritt, so ist damit bewiesen, daß alles, was die Fürstenpresse über die Haltung Amerikas erzählt hat, erstickt und erlogen ist. Wichtig ist nur, daß die Fürsten und ihre Helfer Amerika zur Kredit Sperre gegen Deutschland förmlich ermuntern und anreizen, wie das Wilhelm II. selbst erst kürzlich in einem Interview mit einem amerikanischen Blatt getan hat.

Die ganze Welt versteht „die alles niederwerfende Entrüstung des Volkes!“

Darum morgen „Ja, Ja und abermals Ja“!

## Um die 20 Millionen.

### Auf zum Volksurteil!

Morgen geht das deutsche Volk zum ersten Male zur Wahlurne, um mit dem Mittel des Volksentscheides eine einzige große Befehlsfrage zu lösen. Volksentscheid: im Worte schon liegt, worum es sich handelt. Das Parlament, das durch die allgemeine Volkswahl den Auftrag erhalten hat, die allgemeine Politik zu führen, hat in der Frage der Fürstenforderungen versagt. Nun entscheidet das Volk selbst. Es wählt diesmal nicht Vertreter, nach Parteien gruppiert, es bringt durch einfaches Ja oder Nein seinen Willen gegenüber den Fürstenforderungen zum Ausdruck.

Alle Reichstagswahlen in Deutschland, und dazu die Reichspräsidentenwahlen, haben sich unter stärkster Teilnahme der Bevölkerung vollzogen. Das deutsche Volk ist ein politisches Volk geworden. Die Erkenntnis, daß eine Reichstagswahl, die über Zusammenfassung des Parlaments und der Regierung entscheidet, bestimmend für die Interessen jedes einzelnen ist und tief in seine Lebenssphäre eingreifen kann, legt sich durch. Die Indifferenten und Unpolitischen sind ein kleiner Teil des Volkes. In den Zahlen derer, die sich an allgemeinen Wahlen nicht beteiligen, ist zudem immer noch ein großer Prozentsatz, der durch äußere Umstände, nicht durch innere Gleichgültigkeit abgehalten wird. Die politisch wolkenden Staatsbürger sind in Deutschland in der überwiegenden Mehrheit gegenüber den indifferenten Spießbürgern.

Die Zahl der Deutschen, die stimmberechtigt ist, beträgt rund 39 Millionen. Von diesen 39 Millionen stimmten in den großen Wahlen seit dem Bestehen der Republik: Nationalparlamentarische Wahl 1919 30,4 Millionen; Reichstagswahl 1920 28,2 Millionen; 4. Mai 1924 29,4 Millionen; 7. Dezember 1924 30,3 Millionen; Reichspräsidentenwahl zweiter Wahlgang 30,3 Millionen.

Wie wird es beim Volksentscheid sein? Der Volksentscheid über die Fürstenabfindung ist eine noch stärkere Probe auf die politische Reife des deutschen Volkes als eine Reichstagswahl. Hier wirken nicht die vielfältig verflochtenen, unzählbaren Interessen, die in der Parlamentswahl durch die Abstimmung für eine Partei politischen Ausdruck und Wirkung suchen. Es gilt, eine Frage zu entscheiden, und zu beurteilen, welche Bedeutung die Entscheidung der einen Frage für die Gesamtheit der Politik als Ausdruck einer großen staatspolitischen Willensrichtung des Volkes hat. Rund 30 Millionen gehen bei allgemeinen Wahlen in Deutschland zur Wahlurne — wie viele werden es diesmal sein? Werden 30 Millionen erkennen, daß die Frage der Fürstenforderungen eine Frage des ganzen Volkes ist, daß ihre Entscheidung aufs engste verknüpft ist mit der Würde des deutschen Volkes? Wer politischen Fingerspitzengefühl hat, der weiß, daß diese Frage das deutsche Volk auf das stärkste bewegt. Nun gilt es durch überwältigende Wahlbeteiligung trotz aller reaktionären Wahlenthaltungsparolen ein Zeugnis für die politische Reife des Volkes abzulegen.

30 Millionen Deutsche von rund 39 Millionen Stimmberechtigten entscheiden in den allgemeinen Wahlen über den allgemeinen politischen Kurs. 20 Millionen Deutsche müssen mit Ja stimmen, um dem Entwurf des Gesetzes über die Enteignung der ehemaligen Fürstentümer Gesetzeskraft zu geben. 20 Millionen Ja-Stimmen, das bedeutet eine überwältigend große Zusammenfassung politischen Willens zu einem einzigen, zielbewußt auf einen Punkt gerichteten Willen. Um es klar zu machen, was 20 Millionen Stimmen bedeuten: in einer Reichstagswahl würde die Abgabe von 20 Millionen Stimmen für eine Partei eine Reichstagsfraktion dieser Partei von 333 Abgeordneten ins Parlament bringen. Diese Fraktion würde für sich allein die Regierung bilden können, sie besäße die nicht zu brechende Mehrheit des Parlaments, sie könnte jede Verfassungsänderung im Parlament mit Zweidrittelmehrheit beschließen. Mit einem Worte: sie wäre die Vertreterin des Volkes, getragen von dem Willen und dem Vertrauen der überwältigenden Mehrheit des Volkes. Diesen einheitlichen Willen gilt es, für die Forderung der Enteignung der ehemaligen Fürstentümer zu zeigen.

Eine solche Zusammenfassung übertrifft bei weitem alle politischen Zusammenfassungen, die wir in Abstimmungen seit dem Bestehen der Republik erlebt haben. Verfolgen wir zum Vergleiche zunächst die Entwicklung der Stimmenzahl der Sozialdemokratischen Partei:

Wahlen zur Nationalversammlung	11 500 000
zum Reichstag 1920	5 600 000
4. Mai 1924	6 000 000
7. Dezember 1924	7 800 000

Fahrt man die Stimmen der Parteien, die sich vornehmlich auf die Arbeiterschaft stützen, zusammen — Sozialdemokratische Partei, Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Kommunistische Partei — und verfolgt ihre Entwicklung, so ergibt sich das folgende Bild:

Wahlen zur Nationalversammlung	13 800 000
zum Reichstag 1920	10 900 000
4. Mai 1924	10 100 000
7. Dezember 1924	10 700 000

Schon dieser Vergleich zeigt, daß es nicht möglich ist, daß die Anhänger einer Partei oder einer Klasse die Frage der Fürstenforderungen lösen können. Das ganze Volk muß in überwältigender Mehrheit, die sonst in Parteien auseinanderfällt, sich für die Enteignung der Fürsten entscheiden. Noch weitere Vergleichszahlen, um zu erkennen, welche gewaltige Zusammenfassung des Volkswillens beim Volksentscheid erfolgen muß: bei der Reichstagswahl vom

## Stahlhelmschlacht unter Schutz der Schupo.

### In Halle darf der Stahlhelm ungestört provozieren.

Halle, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag Abend kam es in Halle anlässlich eines Transparenzumsuges, den die Kommunisten veranstalteten, zu schweren Zusammenstößen. Der Zug wurde von Stahlhelmlern, die auf sieben Autos durch die Stadt fuhren, überfallen. Nachdem die Stahlhelmer erst lauffähige Steine auf die Kommunisten geschleudert hatten, wobei zwei Leute schwer verletzt wurden, gingen sie mit Dolchen, Stöcken und Knäueln gegen die völlig unbewaffneten Demonstranten vor. Es wurden 7 Verwundete gezählt — darunter 1 Reichsbannerkamerad —, von denen einige durch Messerliche schwer verletzt worden sind. Die Schupo ließ, nachdem der Kampf sein Ende erreicht hatte, die Stahlhelmer auf ihren Autos Platz nehmen und unbehelligt davonfahren, während sie den Kommunisten die Gassen, an denen die Transparente besetzt waren, abnahmen und gegen die sich ansammelnden entrüsteten Menschen mit Gummiknäueln vorgehen.

## Herriot auf der Kabinettsuche.

### Grundsätzlich links — aber auch in der Mitte.

Paris, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der mit der Regierungsbildung beauftragte Kammerpräsident Herriot wird zunächst versuchen, ein Kabinettskizzen vorzubringen, das sich im wesentlichen auf die Linksparteien stützt.

Ueber die Grenzen, die Herriot seinem Kabinettskizzen nach links und rechts geben wird, hat er sich gestern Abend Journalisten gegenüber in dem Sinne geäußert, daß er als ideale Basis für die Kabinettsbildung die von der „Demokratischen Linken“ im Senat angenommene Tagesordnung erblickt, in der diese Gruppe die Hoffnung ausdrückt, das kommende Kabinettskizzen möge eine „Politik der Zusammenfassung der republikanischen Linksparteien zur Durchführung der finanziellen Sanierung im wahrhaft demokratischen Sinne“ sein. Dann, erklärte Herriot den Journalisten gegenüber weiter, werde er zuerst ein Programm in großen Zügen entwerfen und darauf an die Lösung der Personenfrage herantreten. Herriot wird also sein Kabinettskizzen, wenn er der Tagesordnung der Demokratischen Linken folgt, nach der Linken Mitte hin erweitern und nur die „Republikanische Union“, welche die Rechte des früheren Nationalen Blocs in der Kammer umfaßt, aus seiner Kombination ausschließen müssen. Diese Gruppe hat übrigens, ohne auch nur die Kabinettsbildung oder das Regierungsprogramm Herriots abzuwarten, in einer gestern Abend gehaltenen Entschlossenheit Herriot bereits ihre bitterste Feindschaft angelündigt. Dagegen wird Herriot versuchen, die gemäßigten Mittelparteien der „Demokratischen Linken“ (Bokanowski und Boucheur), dann die Republikanisch-demokratische Partei (Vergues und Colrat) in seinem Ministerium aufzunehmen. Hier scheint der gefährlichste Punkt des Experimentes Herriots zu liegen. Denn man muß sich bei aller Sympathie für den französischen Kammerpräsidenten immerhin fragen, ob ihm die übernommene Aufgabe gelingen wird.

## Briand will nicht mehr Außenminister sein.

Paris, 19. Juni. (B.T.) Unter den politischen Persönlichkeiten, mit denen Herriot gestern Abend verhandelte, befindet sich auch Cailleau. Aus den Erklärungen Herriots geht hervor, daß die Entscheidung, ob er das Kabinettskizzen bilden könne, zweifellos nicht vor heute Abend werden erfolgen können. Uebrigens glaubt „Matin“ bereits feststellen zu können, daß in einem Ministerium Herriot Briand nicht als Minister des Auswärtigen mitwirken werde, obgleich dies der Wunsch Herriots sei. Bis jetzt habe Briand sich noch nicht entschlossen, ein derartiges Angebot anzunehmen.

## Der Volksentscheid verhindert den Diebstahl



Keiner darf zu Hause bleiben



## Moral und Recht.

### Die Geschichte einer Enteignung.

Als Bismarck unter begeisteter Zustimmung der Konservativen und der Nationalliberalen die Vermögen des Königs von Hannover und des Kurfürsten von Hessen mit Beschlag belegte, versicherte er am 30. Januar 1869 im Parlament: „Damit ist nicht gesagt, daß wir eine halbe Million geheimer Fonds brauchen können; ich hätte keine Verwendung dafür und möchte die Verwertung für solche Summen nicht übernehmen.“ Sehr bald aber sollte sich herausstellen, daß es Bismarck an der Gelegenheit nicht fehlte, die beschlagnahmten Vermögensmassen seinen Zwecken dienstbar zu machen, und daß ihm sein Gewissen nicht verbot, sie zu benutzen.

Die Erträge des Vermögens der beiden entthronten Monarchen beliefen sich in der Zeit der Geldknappheit und eines dadurch bedingten hohen Zinsfußes auf 3 1/2 Millionen, in normalen Zeiten auf mindestens eine Million Mark jährlich. Die nach Abzug der Verwaltungskosten übrigen Summen überwies Jahr für Jahr der preussische Finanzminister dem Ministerpräsidenten, d. h. dem Fürsten Bismarck, dem allein die Bestimmung über die Verwendung oblag. Am Ende jeden Jahres erwirkte Bismarck eine königliche Kabinettsordre, die seine Verfügungen über die Geldbeträge guthieß. Sobald die Kabinettsordre ergangen war, wurden alle bei den Ämtern befindlichen Belege vernichtet. Dieses Verfahren hatte einen sehr begreiflichen Grund, galt es doch, eine zum Himmel stinkende Korruption zu verdecken. Mit den Geldern aus den Fonds zur Abwehr feind-

#### Bist Du für Jutta?

Dann bleibe zu Hause!

#### Bist Du feige?

Dann bleibe zu Hause!

#### Bist Du ein Fürstknacht?

Dann bleibe zu Hause!

#### Willst Du mehr Steuern zahlen?

Dann bleibe zu Hause!

Bist Du dagegen ein freier Staatsbürger mit Verstand, Selbstbewußtsein und Gerechtigkeitsgefühl?

Dann gehe zur Wahlurne und

Stimme mit „Ja“!

licher Unternehmungen des Königs Georg von Hannover wurden nämlich in- und ausländische Zeitungen bestochen und andere gegründet, die Wahlkosten der konservativen Partei bestritten, das Zentrum während des Kulturkampfes bekämpfte und die Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes bespitzelte.

Das Tollste aber ist, daß eine Summe von nahezu einer Million Mark, die der Direktor Berg von der Reichsbank-Nebenstelle in Straßburg, der Schwiegervater des Ministers von Bötticher, veruntreut hatte, erbeutet wurde — aus dem Fonds zur Abwehr feindlicher Unternehmungen des Welfenhauses. Die Reichsbank hatte den Verzicht auf eine Strafanzage von der Erstattung des Geldes abhängig gemacht, und Bismarck trug kein Bedenken, öffentliche Gelder zur Begünstigung eines gemeinen Diebes zu verwenden. Die Krone schickte er seinem Verhalten auf, als er Mitte der 90er Jahre, um dem ihm verhaßt gewordenen Bötticher etwas anzuhängen, dieses Vorwissen selbst in die Öffentlichkeit setzte.

Die Erträge der Vermögen der beiden Monarchen reichten, so hoch sie waren, nicht aus, um den Bedarf Bismarcks an Korruptionsgeldern zu befriedigen. Deshalb wurde auch das Barvermögen des Kurfürsten von Hessen verpulvert. Dieser starb im Jahre 1875, und die Beschlagnahme seines Eigentums wurde vom preussischen Staate aufgehoben. Zu der Masse hatte eine Summe von 7 Millionen Mark gehört. Sie wurde den Erben vorenthalten. Die älteste Tochter des Kurfürsten bot den König von Preußen um die Auszahlung des auf sie entfallenden Teiles des Geldes. Wilhelm I. verwies sie auf den Rechtsweg. Sie erhob darauf bei dem Landgericht I Berlin gegen den preussischen Staat Klage auf Rechnungslegung über die Verwaltung des Vermögens ihres Vaters und auf Aushändigung der auf sie übergegangenen Quote der 7 Millionen Mark. Die preussische Regierung rief den Gerichtshof zur Entscheidung von Kompetenzkonflikten an und dieser verbot dem angerufenen Gericht, über die Klage zu entscheiden, erklärte also den Rechtsweg für unzulässig. Die Erben des Kurfürsten haben von dem Gelde ihres Vaters keinen Pfennig wiedergesehen!

So sehen die Begriffe von Recht und Moral aus, die die Hohenzollern aufgestellt haben. Mit derselben Strupplosigkeit verfahren sie und ihre Diener auch noch heute. Das beweist nichts besser als ihre verlogene und heuchlerische Volksentscheidungspropaganda.

## Vatikan und Schwarzweihrot.

Rom, 18. Juni. (WZ.) In der Krypta der Friedesgedächtniskirche, die durch die päpstliche Initiative errichtet worden ist, fand heute ein Requiem für die Kriegesgefallenen aller Nationen statt. An dem Katafalk lagen unter trauerumflossenen Gewehrpyramiden die Fahnen sämtlicher Staaten, die am Kriege teilgenommen haben, darunter auch die rotweihrote Oesterreichs und die schwarzweihrote des kaiserlichen (!) Deutschlands. Bei der Feier waren Vertreter sämtlicher Behörden und des diplomatischen Korps anwesend.

Wenn der Vatikan damit zum Ausdruck bringen wollte, daß die deutschen Kriegesgefallenen als Opfer der Politik des kaiserlichen Deutschlands gestorben sind, so ließe sich gegen eine solche Deutung nichts einwenden. Aber natürlich handelt es sich um eine Taktlosigkeit, für die man den deutschen Botschafter beim Vatikan, Herrn von Bergen verantwortlich machen muß. Dieser kann sich nicht einmal auf den famosen Flaggenerlaß berufen, denn der Vatikan ist keine Hafenstadt.

Ergommungsklerk. Der auf eigenen Antrag zum 1. April 1926 emeritierte Universitätsprofessor Dr. Josef Wittig, bisher Direktor des katholischen Seminars der Breslauer Universität, von dessen veröffentlichten Büchern fünf von der Congregation del sant' officio in Rom auf den Index gesetzt waren, ist mit der Kirchenstrafe der Exkommunikation belegt worden.

Die erste Tat des blauen Einblods ist die Aufhebung des Kriegszustandes; der Sejm hat die diesbezügliche Vorlage mit 43 gegen 20 Stimmen in dritter Lesung angenommen.

Der Mörder des polnischen Sparkassenchefs Linde, Sergeant Tazmielewski, der Linde auf der Straße erschoss, wurde zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Beurteilte erklärte, er bereue seine Tat nicht, weil Linde in verdächtiger Weise Staatsgelder unterschlagen und die Allgemeinheit auf das schwerste gefährdet habe.

## Zu teuer!

Sehr vornehm sieht die Dame aus, die in dem großen und bekannten Warenhaus nach der Abteilung fragt, in der sie Fahnen und Tücher erhalten kann. Sie ist einfach gekleidet und betont in der ganzen Haltung die gewesene Offiziersfrau, die nach ein Adelsprädikat vor ihrem Namen beherbergt; ihr Sohn, ein hoffnungsvoller Unterfeldwebel begleitet sie. Die Verbeugung des Verkäufers beachtet sie kaum. So, sie wünscht ein Fahnenstück für den Strand. Ihre Stimme klingt sehr herablassend, es ist schmerzhaft, mit Beuten sprechen zu müssen, die weit unter dem eigenen gesellschaftlichen Niveau stehen. Der Verkäufer bringt ein Tuch mit den Farben der Republik. Die Dame verzicht verächtlich das Gesicht, und der Unterfeldwebel, der noch nicht Meister in der Selbstbeherrschung ist, ruft empört aus: „Schwarzweihrot natürlich!“ Auch das ist auf Lager. Ein großes Warenhaus muß eben alle Ueberzeugungen decken können. Der Verkäufer kommt endlich mit dem Fahnenstück zurück. Die Arien erbeben sich. „Ist dies Original-Fahnenstück“, fragt die Dame. Rein, das sei nur Wolle. Die Dame fährt prüfend darüber und macht ein bedenkliches Gesicht. Der Sohn versucht ihr klar zu machen, daß auch Wolle für vier Wochen genügen würde. „Und der Preis?“ — 3,50 Mark, gnädige Frau. Die Dame erschrickt, sie beißt sich auf die Lippen. „Das ist sehr teuer! Bieweil kostet denn dieses Tuch?“ Verächtlich weist sie auf die Farben der Republik. „Nur 2,50 Mark, gnädige Frau. Es herrscht jetzt große Nachfrage nach schwarzrotem Gold.“ Einen Augenblick zögert die Dame, macht vielleicht schnell in Gedanken einen Rechenzettel, aber ihr Sohn hat sein finsternes Gesicht aufgesetzt. Mit den Worten: „Ich danke, ich komme morgen wieder!“ verläßt sie stolzen Gesichts, jeder Zug schwarzweihrot, die Abteilung.

## Wilhelms Schußliste.

Konarchen feiern seltsame Jubiläen: Im November 1912 durfte Wilhelm II. sein vierzigjähriges Jägerjubiläum festlich begehen. Die dem Hofe nahestehende Presse beeilte sich natürlich, die Schußliste des „allerhöchsten Nimrods“ zu veröffentlichen. Danach haben S. M. in vierzig Jahren zu erlegen gerührt: 2002 Rothirische, 92 Rottiere, 1474 Damshäufler, 98 Damstiere, 3126 grobe Säuen, 316 geringe Säuen, 955 Rehböcke, 17 988 Hasen, 2686 Kaninchen, 121 Gansen, 532 Füchse, 3 Bären, 12 Eichirische, 6 Wisente, 3 Rentiere, 2 Ruffions, 6 Dachse, 1 Marder, 108 Auerhähne, 24 Birrhähne, 3 Bronzeputer, 2 Perlhühner, 38 578 Fasanen, 867 Rehbühner, 95 Grouse, 5 Schnepfen, 2 Bekassinen, 87 Enten, 826 Reiher und Kormorane, 1 Wolf, 1 Fuchs und 523 Stück verschiedenes Wild, insgesamt also 70 845 Stück Wild!

Siebzehntausend achthunderfünfundsiebzig Stück Wild sind in vierzig Jahren vor den Lauf seiner Flinten getrieben worden, damit er sie bequem abschießen konnte! Eine unheimliche Ziffer! Fünf Tiere pro Tag! Ja, mit Recht war Wilhelm unter allen echten Jägern als gemeiner Massenschlächter verrufen! Aber wie gerne würden ER und seine fürstlichen Bettlern von neuem in den deutschen Wildbeständen noch Guldinchen mühen! Das deutsche Volk wird Sorge tragen, daß die Herren hierzu keine Gelegenheit haben werden!

## Sie rechnen auf die Dummheit des Volkes!

Auf welche Hilfe die Fürstentümmer beim Volksentscheid rechnen, beweist aufs neue ein Vorfall, der sich vor einigen Tagen in einem Spreewaldort zutrug. In einem Lokal sitzen eine Anzahl landwirtschaftliche Arbeiter und auch Kleinbauern. Zu ihnen gesellt sich ein gutgekleideter fremder Herr, und er läßt sich mit den Ortsanwohnern in ein Gespräch ein. Bald sind sie bei der Fürstentümmerabfindung angelangt, und der fremde Herr ist durchaus für die Enteignung der Fürsten. Er macht das auch allen Anwesenden mit drastischen Ausdrücken klar und richtet zum Schluß an sie die Frage: „Geht es uns in Deutschland vielleicht so gut, daß wir den wegelaufenen Fürsten und ihren Maitressen noch Milliarden nachwerfen können?“ Ein einstimmiges „Rein“ ist die Antwort. „Wollt Ihr vielleicht den Fürsten Abfindungen hemmeln?“ ist die weitere Frage. Wieder ertönt das einstimmige „Rein“. „Dann müßt Ihr am 20. Juni Euer Kreuz in das „Rein-Feld“ des Stimmzettels setzen“, ertönt es aus dem Munde des Fremden im Brustton der Ueberzeugung. Verblüffung und Erstaunen auf den Gesichtern der Zuhörer. Ein „besserer Herr“ sollte so in Unkenntnis über die Abstimmung beim Volksentscheid sein? Ein Arbeiter setzt nun auseinander, über was es abgeht, und er legt dar, daß der von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eingebrachte Gesetzentwurf, der die Enteignung der Fürsten vorseht, zur Annahme kommen muß und deshalb das Kreuz in das „Ja-Feld“ des Stimmzettels gesetzt werden muß. Nach einigem Hin und Her läßt der „bessere Herr“ sich anscheinend überzeugen. Er zahlt seine Zeche und verschwindet, begleitet von dem Gelächter der Einheimischen. Sie haben dem Agitator der Fürstentümmer bewiesen, daß sie denn doch klüger sind, als gewisse Kreise annehmen. Sie werden die ihnen durch die Verfassung gewährte gesetzgeberische Macht am 20. Juni richtig ausnützen, indem sie durch ein Kreuz im „Ja-Feld“ für die Fürstentümmer stimmen.

## Die Gesundheitsbetriebe.

Immer wieder finden sich leichtgläubige Leute, denen von raffinierten Betrügnern allerlei Krankheiten suggeriert werden, die dann angeblich durch Gebete geheilt werden können. Besonders auf Hausangestellte und kleinere Leute aus dem Osten der Stadt hat es neuerdings eine 40 Jahre alte Frau abgesehen, die von der Kriminalpolizei gesucht wird. Unter dem Vorwand, Klappspitzen verkaufen zu wollen, erscheint sie bei den Frauen und sieht sie während der Verhandlung mehrmals prüfend an. Auf die Frage, warum sie das tue, erwidert sie, daß sie im Auge der Kaiserin eine Krankheit erkenne und erbietet sich, diese durch Gebete zu heilen. Sie läßt sich nun ein Stoffläppchen und Geld geben, näht angeblich das Geld in den Stoff ein und ordnet an, daß die „Patientin“ das Lätzchen zu einer bestimmten Stunde an einem bestimmten Ort niederlegen solle. Erst, wenn sie längst verschwunden ist und die neugierigen Frauen das Lätzchen öffnen, müssen sie zu ihrem Leidwesen feststellen, daß die „Gesundheitsbetriebe“ das Geld mit wertvollen Papierstücken vertauscht hat. Jetzt erst haben die Gefoppten Grund, sich krank zu fühlen — vor Kummer.

25 Arbeitnehmer des Café Viktoria (früher Café National) in der Friedrichstraße bitten uns um Veröffentlichung des folgenden: Borgestern Abend wurde durch die Polizei das Café Viktoria (das frühere Café National) geschlossen. Als Grund wurde uns angegeben, daß am letzten Sonnabend die Polizeistunde überschritten wurde, und daß am gleichen Tage zwei Beamte in den Räumen des Cafés eine Tasse Kaffee erhalten hätten. Jeder im Gastwirtsberuf Beschäftigte weiß, daß die Beamten ein Glas Bier, Zigarre oder ähnliches erhalten. Es ist noch niemand eingekerkert, dieses für eine Beistellung zu halten. Durch eine Aussage der zuständigen Herren liegen wir brotlos auf der Straße, und müssen um Arbeitslosenunterstützung nachsuchen. Wir Angestellten können bezeugen, daß seit 1/2 Jahren streng darauf geachtet wurde, daß keine polizeilichen Vorschriften übertreten wurden.

## Ein Nachspiel der Winterunruhen.

Im Winterprozeß, der in Trier stattfand, wurde jetzt das Urteil gefällt. 12 Angeklagte wurden freigesprochen. Von den übrigen Angeklagten erhielten vierzehn wegen schweren Landfriedensbruchs Gefängnisstrafen von 6 bis 8 Monaten und vier wegen Landfriedensbruchs Gefängnisstrafen von 3 Monaten. Fünf der Beurteilten erhielten dreijährige Bewährungsfrist zugesprochen. Die Beurteilten nahmen das Urteil an. In der Begründung erklärt das Gericht, es habe bei dem Strafmaß Milde

wollen lassen, da die Angeklagten ursprünglich keine Demonstration gegen den Staat geplant und ihre Vergehen sich aus einer drückenden Notlage heraus entwickelt hätten. Auch sei berücksichtigt worden, daß die Angeklagten bisher unbefehlten waren.

## In zwölfter Stunde.

Zu einer großen Kundgebung im großen Saal der Neuen Welt hatten gestern die Reutöllner Genossen aufgerufen. Schon in den Nachmittagsstunden sammelte sich das Reutöllner Reichsbanner am Ringbahnhof Reutölln zu einem Umzuge mit Krust und vielen Transparenten, die für das Ja des Sonntag werden sollten. Landtagsabgeordneter Genosse Otto Raier war in der Lage, eingehend und sachlich die Vorgänge darzustellen, die sich bei den Abstimmungsverhandlungen des preussischen Staates mit den Vertretern des ehemaligen Herrscherhauses abgespielt haben. Finanzminister Dr. Richter hat die Verhandlungen geführt und brach selbst die Verhandlungen ab, weil die Vertreter unseres „Landesvaters“ Wilhelm immer unverhältnismäßige Forderungen stellten. Mit der Aufzählung, den letzten Tag noch aufs äußerste zu nützen, schloß der Redner seine Ausführungen. Einmütig brachte die Versammlung ein Hoch auf die Sozialdemokratie aus.

Kreis Tiergarten und die Sozialistische Arbeiterjugend veranstalteten gestern einen Demonstrationsumzug. Die Beteiligung war eine ganz außerordentliche. Treffpunkt war der Kleine Tiergarten, abends 6 1/2 Uhr, doch war kurz nach 6 Uhr der Platz dermaßen überfüllt, daß der Zug kaum imstande war, sich zu formieren. Jungens und Mädels verteilten Werbezettel unter das Publikum, das in dichten Scharen den Platz umdrängte. Einer hatte mit viel Humor und Kunstfertigkeit sein ganzes Fahrrad mit „Inflationkapitalien“ dekoriert. An den Radspeichen, an den Pedalen, an der Lenkstange, überall prangten die „wertvollen Gelder“. Mit einem kräftigen Schindra setzte die Musik des Reichsbanners ein und der ungeheure Zug kam in Bewegung. Er nahm seinen Weg durch die Strom-, Turm-, Bredow-, Birken-, Lübeck-, Straß-, zurück nach der Turmstraße, durch die Rathenower Straße nach dem Stephansplatz. Alles, was Seine und Zeit hatte, schloß sich noch unterwegs dem ungeheuren Zuge an. Anschließend an diese Demonstration fand im Artushof ein Vortrag der Genossin Wachenheim statt. Der kleine Saal konnte all die Menschenmassen gar nicht aufnehmen und viele mußten wieder gehen.

Die riesige Aula der Uhländerschule in der Kolonnenstraße war dicht gefüllt. Rote Banner und die republikanische Flagge schmückten das Podium. Genosse Jochert, R. d. L., wies unter anderem darauf hin, daß die Regierungsperiode Wilhelms II., des angeblichen Friedenskaisers, einer einzigen Katastrophe gegliedert habe. Er ließ sich gern „Landesvater“ nennen, im übrigen befehl er seinen Rekruten, auf Vater und Mutter zu schießen. Nicht Diebstahl am Eigentum der Fürsten, sondern Diebstahl am Volksvermögen steht am Sonntag auf dem Spiel. Das höchste Gebot der SPD ist die Wohlfahrt des Volkes, deshalb ermahnt sie alle Deutschen: Stimmt mit Ja! Die Versammlung brachte ein Hoch auf die Partei aus und sang beim Auseinandergehen begeistert die Internationale.

Eine stark besuchte Versammlung hielten gestern Abend die Riederhühner Genossen im Schloß Schönhausen ab. Vorher machte das Reichsbanner einen Umzug, dem sich Hunderte unterwegs anschlossen. Genosse Herlich wies als Referent auf die große Not hin, die jetzt in ganz Deutschland, besonders aber in den großen Städten vorhanden ist. Es ist unerhört, daß die Fürsten es wagen, angesichts dieser großen Volksnot ihre unverhältnismäßigen Forderungen an das verarmte Volk zu stellen. Wo ist hier Moral und Gerechtigkeit? Will sich die Republik erhalten, muß sie die Enteignung durchführen. — In der Aussprache richtete auch ein Vertreter der Kriegsbefehlshaber die Aufforderung an die Versammelten, mit Ja zu stimmen.

## Frontsoldaten gegen Hindenburg.

In einer stark besuchten Versammlung in der Stadthalle Klosterstraße nahmen am Freitagabend republikanische Frontsoldaten gegen den Hindenburg-Brief an Voebel Stellung, der befamtlidh vielen Millionen Deutschen „Recht“ und „Moral“ abspricht. Einberufer der Kundgebung war die Arbeitsgemeinschaft entschiedener Republikaner. Weber, der erste Redner, bezeichnete den Hindenburg-Brief als einen Schlag ins Gesicht der breiten Massen der Frontsoldaten. Der Reichspräsident habe am deutschen Volke einen Disziplinbruch begangen. Der parteiliche Fürstentümmerbrief war ein Disziplinbruch „vor versammelter Mannschaft“ und gerade vom soldatischen Standpunkte aus eine beispiellose Infortsetzung. Unsere Antwort darauf ist am 20. Juni ein millionenfaches Ja!

Die Diskussion ergab Uebereinstimmung in diesem Sinne.

## Die Hochwassergefahr in Deutschland.

### Eine verhinderte D-Zug-Katastrophe.

Reichenbach, 19. Juni. (Eigener Bericht.) Durch das zweimalige katastrophale Hochwasser in Nordböhmen, das eine Menge Verkehrsunterbrechungen zur Folge hatte, wurden die Eisenbahndämme mehrfach beschädigt, so daß gründlichste Prüfung nötig sein wird. Als am 18. Juni der Böderhsnellzug Eger—Karlsbad—Leipa—Reichenbach schon nahe war, wurde am Fuße des Sechsenberges bei Bahnhof Kriesdorf durch eine zufällig vorfahrende Maschine ein Damm ruiniert, der nach Durchfahrt eines Zuges eingetreten war und in den großen Wasserfluten der Vortage seine Ursache hatte, bemerkt und der Schnellzug rechtzeitig angehalten. Der Verkehr wird 24 Stunden ruhen und wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

Konstanz, 19. Juni. (WZ.) Der Konstanzer Bege zeigt mit einem Stand von 5,20 Meter ein Steigen des Hochwassers um 5 Zentimeter an. Das Wasser steht hart am Rande des Stadtparkes. Der Bege von Steinhorn (Schweiz) zeigt 5,30 Meter. Das Dollmatinger Ried ist vollständig überschwemmt. Die Dampfschiffahrt auf dem Bodensee gestollet sich immer schwieriger, da auch die Anlegestellen vom Wasser teilweise überflutet werden. So ist die Landungsbrücke von Unter-Uhlingen schon fast ganz überschwemmt. In Ueberlingen steht die Löwenbrücke unter Wasser und muß gegen das Fortschwemmen geschützt werden.

Liebenwerda, 19. Juni. (WZ.) Der Damm der Räder ist gestern bei Würdenhain gebrochen, das Land ist kilometerweit überflutet. Würdenhain ist geräumt. Schutzpolizei aus Torgau, die Reichswehr aus Dresden sowie freiwillige Organisationen und die Feuerwehren der gesamten Umgebung versuchen, die 20 Meter breite Bruchstelle zu verstopfen, bisher ist dies noch nicht gelungen. Die Elster ist in der Nacht erneut gestiegen, wette fruchtbarere Landstrecken zwischen Elster und Pälzisch stehen unter Wasser, die Ernte im Kreise Liebenwerda ist zu einem erheblichen Teil vernichtet.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

24. Wkt. Parteiführer und Beihilfer der 1. Gruppe treffen sich heute Abend 7 Uhr bei Köhler, Immanuelstr. 17.  
25. Wkt. Sämtliche Genossen und Genossinnen treffen sich morgen, Sonntag, den 20. Juni, nachmittags 1 Uhr, zu einer wichtigen Ausarbeitung bei Müller, Markthaus Str. 17.  
26. Wkt. Sonntag, den 20. Juni, früh 7 Uhr, im Uebungslokal Bush, Köhler Str. 27, Einleitung in den Wahlarbeiten.  
27. Wkt. Schloßhof, Sonntag nachmittags 7 Uhr müssen alle Genossen und Genossinnen zur Wahlliste im Restaurant Sauer erscheinen.

## Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Wochenbeizel Reichshausstr. heute, Sonntag, 19. Juni, Sonntagmorgen auf dem Goetheplatz in Reinickendorfer-Bell. Treffpunkt 10 Uhr August-Willisau, Ecke Berliner Straße, Erbsenien aller ist Licht. Sonst für guten Besuch. Vorher Beilegung an dem Umanu bet Partei. Treffpunkt 1/2 Uhr Bahnhof Schönewald und Tegel, Dorlaue.

# Gewerkschaftsbewegung

## Jahresbericht der Berliner Metallarbeiter.

Der kürzlich erschienene Jahresbericht der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes für 1925 trifft in seinem Vorwort folgende Feststellungen:

In allen Betrieben, die mit dem Versuch amerikanischer Produktionsmethoden vorangegangen sind, war das Ergebnis nicht eine Mehrbeschäftigung von Arbeitern, sondern umfaßende Entlassungen, weil in den verschiedensten Produktionsgebieten infolge der Umstellung der Produktionsmethode die gleiche Produktion teilweise mit der Hälfte der Belegschaft hergestellt werden konnte. Für die Arbeitsleistung des übrigen Teiles war keine Beschäftigung vorhanden, weil die Aufnahmefähigkeit des deutschen wie des europäischen Marktes eine Grenze in der Kaufkraft der deutschen wie der europäischen Bevölkerung hat. Trotz der Senkung der Herstellungskosten, die doch zweifellos mit der Mechanisierung verbunden ist, ist im allgemeinen von einer Preisentwertung nichts zu spüren. Die deutsche Wirtschaft an den Rand des Verderbens bringende Preispolitik der Kartelle der deutschen Unternehmer macht eben eine Preisgestaltung, die den wirtschaftlichen Bedürfnissen und Notwendigkeiten entspricht, unmöglich.

Die alle Industriezweige erfassende Wirtschaftskrise wirkt sich natürlich auch auf

### Die Mitgliederbewegung

in den Organisationen aus. Stieg auch die Zahl der Mitglieder von 54 028 am Ende des Jahres 1924 auf 62 349 Mitglieder am Schlusse des 1. Quartals, was einen außerordentlichen Aufschwung bedeutet, so ist doch bei einem Mitgliederbestand von 61 564 zu Ende des Berichtsjahres ein Stillstand in der Mitgliederbewegung zu verzeichnen. Eine Tabelle gibt Aufschluß über die Dauer der Organisationszugehörigkeit der Mitglieder. Von den Mitgliedern, die bis einschließlich 1914 der Organisation bereits angehört, zählen heute noch 13 192 zum Verbande. Wenn man auch berücksichtigt, daß ein großer Teil der alten Mitglieder im Kriege gefallen, an den Kriegsfolgen oder infolge Alters gestorben ist und andere ausgeschiedene Mitglieder nach der Inflation wieder neu eintraten, so ist doch die starke Fluktuation sehr bedauerlich. Nach dem rapiden Mitgliederabgang infolge der Inflation und der somnolenten Spaltungspolitik war es natürlich sehr schwer, die stark dezimierte Organisation wieder aufzubauen. Doch der Ortsverwaltung ist es gelungen, die Mitgliederzahl wieder auf eine ansehnliche Höhe zu bringen. In ihrer hinreichend bekannten Bescheidenheit schreiben die Kommunisten den Wiederaufstieg der Organisation ihrer Tätigkeit zu, veräugen dabei aber nicht, der Ortsverwaltung vorzuwerfen, deren angeblich falsche Politik verhindere das Aufblühen der Organisation. Die Kommunisten haben allerdings die Parole ausgegeben:

### Hinein in die Gewerkschaften!

„Treibt Opposition!“ Die Zusammenkunft der Generalsammlung zeigt aber, daß die neugewonnenen Mitglieder nicht dieser Parole, sondern ihrer Vernunft gefolgt waren. Trotzdem seit 1923 etwa 31 000 Mitglieder neu eingetreten sind, ist das Verhältnis der politischen Richtungen in der Generalsammlung ungefähr das gleiche geblieben.

Die Kassenkasse konnte ihren Kassenbestand von 19 624,73 Mark zu Beginn des Jahres auf 134 977,31 M. erhöhen. Die Gesamteinnahme der Verwaltungsstelle Berlin betrug 2 052 214,40 M. oder 33,33 M. pro Mitglied. Davon wurden allein an Unterführungen 779 118,10 M. oder pro Mitglied 12,65 M. ausgezahlt. Interessant ist auch die Aufstellung über die Ursachen der Erkrankungen und Todesfälle. Von insgesamt 11 633 Erkrankungen beruhten allein 1473 auf Gehirn- und Rückenleiden und 1345 auf Lungenerkrankungen und Tuberkulose; 264 Mitglieder erlitten Lungenleiden. Die vermehrte Arbeitslosigkeit macht sich auch in einer regen Benutzung der Verbandsbücherei bemerkbar, wobei Unterhaltungslektüre dreimal so viel entliehen wurde als wissenschaftliche Werke.

Die rege organisatorische und agitatorische Tätigkeit der Verwaltung spiegelt sich in den vielen ausgeführten Versammlungen wider. Versammlungen, Sitzungen und Konferenzen wurden abgehalten: in den Gruppen 66, in den Branchen 6632 und in den Bezirken 9793. Der größte Teil des Berichtes ist den einzelnen Lohnbewegungen in den Branchen und Betrieben gewidmet. Erwähnt sei noch, daß im Berichtsjahr 1859 Mitglieder auf eine

fünfundzwanzig- und mehrjährige Organisationszugehörigkeit zurückblicken. Hoffen wir, daß die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes auch dieses Jahr, das bis jetzt ein noch schwärzeres ist als das vorige, gut überstehen wird, um den unausbleiblichen Kämpfen, die dieser Krise folgen müssen, voll gewachsen zu sein. Den Unorganisierten aber muß immer wieder zugerufen werden: Hinein in den Verband!

## Friede in der Herrenkonfektion?

### Die Arbeiter nehmen den Schiedspruch an.

Die im Deutschen Bekleidungsarbeiterverband organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der Herrenkonfektion nahmen gestern in einer sehr gut besuchten Versammlung in den Residenzjahren zu dem im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruch Stellung. Genosse Plog vom Hauptvorstand zog einen Vergleich zwischen den Forderungen der Unternehmer und dem von uns in der heutigen Morgenausgabe bereits mitgeteilten Schiedspruch der ihren unverschämten Forderungen leider in einigen, wenn auch nicht wesentlichen Punkten entgegenkommt.

Im allgemeinen kann man sagen, daß es den Konfektionsarbeitern, dank ihres entschlossenen Widerstands, gelungen ist, den brutalen Angriff der Unternehmer in der Hauptsache abzuwehren. Notwendig sei es aber, daß die Konfektionsarbeiter auf die Innehaltung der durch den Schiedspruch festgelegten Löhne und sonstigen Bestimmungen achten. Die Unternehmer werden ganz bestimmt versuchen, die schlechte Geschäftslage zu benutzen, um trotz Schiedspruches die Löhne und Tarifpositionen zu verschlechtern. Jedes derartige Vorgehen der Unternehmer müsse sofort der Organi-

lation gemeldet werden, damit diese dagegen einschreiten kann und auch Material bekomme, um den Unternehmern bei künftigen Verhandlungen ihre „Tariffreue“ beweisen zu können. Es muß jedenfalls dahin gewirkt werden, daß die Reihen der Organisation aufgefüllt werden und die Organisation noch schlagkräftiger wird.

Die Unternehmer werden — wenn sie jetzt den Schiedspruch annehmen — bestimmt nach Ablauf der Verträge wieder versuchen, zu ihrem diesmal nicht erreichten Ziel zu gelangen. Es heißt darum, sich auf diesen kommenden Angriff der Unternehmer vorzubereiten.

Mit welchen unläuterer Mitteln die Unternehmer die Arbeiter ihrem Diktat gefügig machen wollten, zeigte der Vorsitzende der Berliner Zahlstelle, Genosse Lehmann. Die Arbeitsämter wurden von den Unternehmern geradezu bestürmt, um die Entziehung der Erwerbslosenunterstützung für die Arbeiter zu erwirken, die die Unterschrift unter die vorgelegten Revoche verweigert hatten und deshalb entlassen wurden. Sie verstiegen sich bei den Arbeitsämtern zu der frechen Behauptung, daß es sich bei den Differenzen um gar keinen Tarifbruch handle, sondern es solle nur ein schon bestehender Zustand sanktioniert werden. Er-

# Fahnen heraus!

## Am Tage des Volkenschieds zeigt die Fahnen der Partei und der Republik!

freudlicherweise haben die meisten Arbeitsämter, auch im Reich, diesen Einfüsterungen kein Gehör geschenkt und die Unterstützungen gezahlt.

Die geheime Abstimmung ergab die Annahme des Schiedspruches mit Mehrheit. Die Stellungnahme der Unternehmer steht noch aus. Die Versammlungen beschloßen, in allen Betrieben, wo es zu Arbeitsentstellungen gekommen war, am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen, falls die Unternehmer bis dahin den Schiedspruch ebenfalls angenommen haben.

## Die Arbeitslosigkeit in den ADEB-Verbänden.

### Nach dem Stande vom Ende Mai.

Während die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger vom 1. Mai bis Ende Mai von 1 781 152 auf 1 744 539 zurückgegangen ist, hat sich die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder um 18,7 Prozent der Mitglieder auf 18,2 gesenkt. Dabei verzeichnete die amtliche Statistik am 1. Juni 10,5 vollunterstützte Erwerbslose auf je 100 Kronenlohnempfänger.

Die „Gewerkschaftszeitung“ hat die Arbeitslosenziffern der einzelnen Verbände in einer Tabelle zusammengestellt. Die Schuhmacher stehen mit 35,2 Proz. männlichen Arbeitslosen obenan und haben außerdem 37,4 Proz. Kurzarbeiter zu verzeichnen. Die Textilarbeiter haben zwar nur 19,9 Proz. an Arbeitslosen zu verzeichnen, stehen aber in der Kurzarbeit mit 50,9 Proz. an erster Stelle. Bei den Hutarbeitern hat die Beschäftigungsmöglichkeit sich wesentlich verschlechtert, so daß die Zahl der Arbeitslosen von 18,4 auf 36,4 verdoppelt wurde. Die weiblichen Arbeitslosen stehen hier mit 43,9 Proz. obenan. Sattler, Tapetier und Portefeulienhersteller stehen mit 31,7 Proz. in erster Reihe. Ihnen folgen die Holzarbeiter mit 28,9 Proz. Arbeitslosen, die Dachdecker mit 28,2, die Tabakarbeiter mit 27,8 und die Lederarbeiter mit 23,8 Proz. Die Bekleidungsarbeiter weisen 23,2 Arbeitslose von 100 Mitgliedern auf. Die Bauarbeiter, die nicht einen einzigen Arbeitslosen haben dürfen, haben nur einen geringen Rückgang von 26,7 auf 22,9 Proz. zu verzeichnen. Die Metallarbeiter haben eine Verschlechterung von 19,7 auf 20,6 zu beklagen, während die Arbeitslosen bei den Kupferhändlern von 24,8 auf 22,5 zurückgegangen sind. Die übrigen 18 Verbände halten sich unter dem Durchschnitt von 18,2.

Allgemeine Schlüsse lassen sich aus den Hundertziffern der Verbände, unter denen die Bergarbeiter fehlen, natürlich nicht ohne weiteres ziehen. Im einzelnen kommt es auf die Bedeutung der Verbände für das Wirtschaftsleben an — 20,6 Proz. arbeitsloser Metallarbeiter sind schwerwiegender als 36,4 Proz. arbeitslose Hutarbeiter —, dann aber darauf, wie groß der Anteil der von der Organisation erfassten Beschäftigten ist.

Die Kurzarbeiter weisen nur eine Abnahme von 597 860 auf 567 333 auf, d. i. von 18,4 auf 17,9 Proz.

### Don je 100 Kurzarbeiter arbeiteten verkürzt:

Arbeitsstunden	Ende Mai	Ende April	Ende März	Ende Febr.
1 bis 8 Stunden	23,2	22,5	21,8	21,3
9 bis 16 Stunden	31,7	30,9	31,1	31,6
17 bis 24 Stunden	32,9	32,9	33,3	33,6
25 und mehr	12,2	13,7	13,8	13,2

Im Abbau haben unsere „Wirtschaftsführer“ ein so starkes Talent gezeigt, daß wir für den Wiederaufbau nicht viel von ihnen erwarten können und noch geraume Zeit mit einer großen Arbeitslosenziffer zu rechnen haben.

## Die Entlassungen der Staatlichen Porzellanmanufaktur.

In der Angelegenheit der im Januar von der Staatlichen Porzellanmanufaktur entlassenen Maler, über welche wir feinerzeit berichteten, ist nun eine, für das Schicksal der Betroffenen erfreuliche Entscheidung gefallen. Das unter dem Beistand des Porzellanarbeiterverbandes angerufene Gewerbegericht hatte bereits die Feststellung getroffen, daß die Gefündigten Lebensstellung hatten, ohne allerdings die bestimmte Formulierung der Wiedereinstellung zu treffen. Der Arbeiterrat hatte außerdem an die zuständigen Ministerien und die Fraktionen des Landtags eine Eingabe gerichtet, in der das Ungerechte der Entlassung von Leuten, die z. T. bereits pensionsberechtigt sind und wo anders kaum ein Unterkommen finden dürften, ausführlich dargelegt und um Abstellung erjucht wurde.

Bei der jetzt erfolgten Einberufung zeigte sich, daß die Initiative der gewerkschaftlichen und betrieblichen Vertretung insofern nicht vergeblich war, als der Landtag beschloß, die Entlassenen wieder

einzuwickeln. Es ist zu wünschen, daß die nun bereits ein Hoff- und Jahr Erwerbslosen die Auswirkung des Beschlusses bald zu merken bekommen, und nicht noch auf die Folter eines endlosen Instanzenzuges gespannt werden.

## Arbeitszeitverlängerung und Lohnabbau.

### Die Bedingungen der englischen Grubenbesitzer.

London, 18. Juni. (W.B.) Den Blättern zufolge werden die neuen Arbeitsbedingungen, die die Grubenbesitzer auf der Grundlage des Achtstundentages anbieten wollen, von der Vereinigung der Grubenbesitzer nicht dem Bergarbeiterverband übergeben werden, sondern in den einzelnen Bezirken bekanntgegeben werden, weil die Führer des Bergarbeiterverbandes einstweilen eine sofortige Verlängerung der Arbeitszeit oder eine Verminderung der Löhne nicht in Erwägung ziehen wollen, und weil die Grubenbesitzer in den verschiedenen Bezirken individuell die Verantwortung für ihre Vorschläge tragen müssen. Die Bekanntmachungen werden dahin lauten, daß die Arbeiter zu den betreffenden Bedingungen sofort die Arbeit aufnehmen können.

„Financial Times“ zufolge werden die Bergwerksbezirke in drei Gattungen eingeteilt werden und zwar 1. in solche, in denen bei einer achtstündigen Arbeitszeit keine Lohnherabsetzung eintreten wird; 2. in solche, in denen die Lohnherabsetzungen etwas unter 10 Proz. betragen werden und 3. in solche, in denen sie wahrscheinlich nicht erheblich über 10 Proz. hinausgehen werden. Wie das Blatt weiter meldet, wollen die Grubenbesitzer den Arbeitern soweit als irgend möglich entgegenkommen und mindestens 50 Proz. der Bergwerke in die erstgenannte Gattung aufnehmen.

## Wirtschaftliche Folgen des englischen Bergarbeiterstreiks

London, 19. Juni. (W.B.) Den Blättern zufolge macht sich die Wirkung des Kohlenstreiks bei der Industrie immer mehr fühlbar. Gestern sind Mitteilungen über eine weitere Verminderung der Belieferung mit Kohlen und über eine Rationalisierung der Gaslieferung für den Hausgebrauch bekanntgegeben worden. In Glasgow wird am Sonntag nur dreimal am Tage ein bis zwei Stunden Gas zum Kochen und Heizen abgegeben werden.

Die Gesamtbestellungen der schwedischen Staatseisenbahn in Höhe von 250 000 Tonnen für Juli bis Oktober sollen nach Blättermeldungen an die westfälischen und schlesischen Gruben gegangen sein. Der Daily News zufolge sind diese Bestellungen früher immer nach North-Humberland und Schottland gegeben worden. Der Daily Mail zufolge haben die Bergleute bisher an Lohnausfällen eine Einbuße von 24 Millionen Pfund Sterling erlitten, während der Ausfall in der Kohlenförderung 37½ Millionen Tonnen beträgt. Der indirekte Verlust durch den Bergarbeiterstreik wird auf 250 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Bisher seien aus dem Ausland etwa 350 000 Tonnen Kohlen nach England eingeführt worden, jedoch würden sich die ausländischen Zugänge in den nächsten Wochen ganz bedeutend vermehren.

## Amerikanische Hilfsgelder für die englischen Bergarbeiter.

New York, 19. Juni. (W.B.) Der Kongressausschuß des amerikanischen Gewerkschaftsbundes hat seine Ortsgruppen aufgefordert, weitere Sammlungen für die englischen Bergarbeiter zu veranstalten.

## Sport.

### Der gestrige Meisterschaftsboxkampf.

Der gestrige Boxkampf um die deutsche Schwergewichtsmeisterschaft zwischen Paul Samson-Körner und Franz Diener, aus dem Diener nach Punkten als Sieger hervorging, hat die Gemüter der Berliner Boxgemeinde erregt. Es mehren sich jetzt in der Öffentlichkeit die Stimmen, die starken Zweifel an der Objektivität des Urteils hegen. Allgemein wird geglaubt, daß ein „Unentschieden“ dem tatsächlichen Ausgang des Kampfes besser entsprechen hätte. Man spricht von einem moralischen Sieg Samson-Körners. Auch Hans Breitensträter, der den Kampf in allen Phasen als Zuschauer miterlebte und diesen genau beobachtete, vertritt offen die Ansicht, daß ein „Unentschieden“ nach dem Kampferlauf gerechter gewesen wäre. In den Bericht selbst in unserer heutigen Morgenausgabe hat uns der Druckfehler-Teufel übel mitgespielt. Statt „das Schiedsgericht verkündet unentschieden“, muß es natürlich heißen „das Schiedsgericht verkündete den Punktsieg Dieners“.

## Theater der Woche.

### Vom 20. Juni bis 28. Juni 1926.

**Bellshöhe:** Der blühende Michel. — **Kraus-Oper:** 20. Alpenbären. 21. Der Dieb des Glases. 22. Die Teufel. 23. Walfräule. 24. Fortis Gebirgs. 25. Der Rosenkavalier. 26. Die verkaufte Braut. 27. 11½ Uhr vorm. Balletmatinee: „Rosenkavalier“ und „Fidelio“; ebenfalls Rigoletto. 28. Carmen. — **Schauspielhaus:** 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. Die Welt, in der man sich langweilt. 27. Herodes und Mariamne. 28. Der Mann aus Sibirien. 29. Die Welt, in der man sich langweilt. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. Die Welt, in der man sich langweilt. 37. Die Welt, in der man sich langweilt. 38. Die Welt, in der man sich langweilt. 39. Die Welt, in der man sich langweilt. 40. Die Welt, in der man sich langweilt. 41. Die Welt, in der man sich langweilt. 42. Die Welt, in der man sich langweilt. 43. Die Welt, in der man sich langweilt. 44. Die Welt, in der man sich langweilt. 45. Die Welt, in der man sich langweilt. 46. Die Welt, in der man sich langweilt. 47. Die Welt, in der man sich langweilt. 48. Die Welt, in der man sich langweilt. 49. Die Welt, in der man sich langweilt. 50. Die Welt, in der man sich langweilt. 51. Die Welt, in der man sich langweilt. 52. Die Welt, in der man sich langweilt. 53. Die Welt, in der man sich langweilt. 54. Die Welt, in der man sich langweilt. 55. Die Welt, in der man sich langweilt. 56. Die Welt, in der man sich langweilt. 57. Die Welt, in der man sich langweilt. 58. Die Welt, in der man sich langweilt. 59. Die Welt, in der man sich langweilt. 60. Die Welt, in der man sich langweilt. 61. Die Welt, in der man sich langweilt. 62. Die Welt, in der man sich langweilt. 63. Die Welt, in der man sich langweilt. 64. Die Welt, in der man sich langweilt. 65. Die Welt, in der man sich langweilt. 66. Die Welt, in der man sich langweilt. 67. Die Welt, in der man sich langweilt. 68. Die Welt, in der man sich langweilt. 69. Die Welt, in der man sich langweilt. 70. Die Welt, in der man sich langweilt. 71. Die Welt, in der man sich langweilt. 72. Die Welt, in der man sich langweilt. 73. Die Welt, in der man sich langweilt. 74. Die Welt, in der man sich langweilt. 75. Die Welt, in der man sich langweilt. 76. Die Welt, in der man sich langweilt. 77. Die Welt, in der man sich langweilt. 78. Die Welt, in der man sich langweilt. 79. Die Welt, in der man sich langweilt. 80. Die Welt, in der man sich langweilt. 81. Die Welt, in der man sich langweilt. 82. Die Welt, in der man sich langweilt. 83. Die Welt, in der man sich langweilt. 84. Die Welt, in der man sich langweilt. 85. Die Welt, in der man sich langweilt. 86. Die Welt, in der man sich langweilt. 87. Die Welt, in der man sich langweilt. 88. Die Welt, in der man sich langweilt. 89. Die Welt, in der man sich langweilt. 90. Die Welt, in der man sich langweilt. 91. Die Welt, in der man sich langweilt. 92. Die Welt, in der man sich langweilt. 93. Die Welt, in der man sich langweilt. 94. Die Welt, in der man sich langweilt. 95. Die Welt, in der man sich langweilt. 96. Die Welt, in der man sich langweilt. 97. Die Welt, in der man sich langweilt. 98. Die Welt, in der man sich langweilt. 99. Die Welt, in der man sich langweilt. 100. Die Welt, in der man sich langweilt.

**Kochhaus:** 21. und 22. Charlotten Fante. — **Theater des Westens:** 20. und 27. 2 Uhr Scherenschnitt, 4 Uhr Gröfin Maria. — **Central-Theater:** 20. und 27. Das Bonheur.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter, Wirtschaft: Fritz Gehrman; Gewerkschaftsbewegung: J. Kleiner; Kulturelle: R. A. Fischer; Schulen und Sport: Fritz Reuber; Anzeigen: H. Giedt; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornheim-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornheim-Verlag und Verlagsanstalt Paul Eimer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1.

**Ischias**  
- Rheumatismus -  
Spezialbehandlung  
nach Prof. Lange.  
Leffmann,  
Lankwitz Str. 11, 10-12, 4-7

**Arcona-Räder**  
Werkstoff L. H. und H. Preis  
Das Qualitätsmerkmal von Arcona  
**Billig im Preis! 5 Jahre Garantie!**  
100 000 km im Gebrauch!  
Die besten Arcona, das beste Rad  
Verlangen Sie Katalog gratis u. franko  
**Ernst Machnow**  
BERLIN C 64, Wilmersdorferstr. 14

Kurbeginn: 12. April bis Oktober.  
Bei Licht, Ischias, Rheumatismus, Frauenleiden seit 25. Jahr. hervorragend bewährt  
**Eisenmoorbäd  
Bad  
Schmiedeberg**  
Bez. Halle a. Saale  
Bahn Berlin-Wittenberg-Eilenburg-Leipzig  
Herrliche Waldgegend, großes Kurhaus mit  
Versammlungsräumen für Kongresse usw.  
Prospekt durch Jagd- und Badeverwaltung / Preis Aerztewahl

**Mieten Sie von uns**  
in 6 Monaten Ihr Eigentum  
Man verlange Sonderprospekt!  
Beleuchtung Körper jeder Art  
Gehende Kocher  
Brat- u. Backöfen  
Staubsauger  
Waschmaschine  
Eis-Schränke  
**P. Raddatz & Co**  
Berlin W 66  
Leipzigerstrasse 122-123

**Adolf Hoffmann**  
**Episoden und Zwischenrufe**  
aus der Partament- und Ministerzeit.  
Preis 1 Mark, Posto 5 Pfennig.  
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

**Bettfedern Adolf Pohl**  
Dresdener Straße 15  
(Fabrikgebäude)

**Berliner Elektriker Genossenschaft**  
angeschl. dem Verb. sog. Handbetriebe  
Berlin N. 24, Elsäßer Str. 86-88  
Fernsprecher: Norden 6225, 6226  
Filiale Westen, Wilmersdorf  
Landauerstr. 4, Tel.: Pfalzburg 9631  
Ausstellungsräume und Lager:  
Alexanderstraße 39-40 (Alexander  
Passage), Telefon: Königstadt 540  
Herstellung elektr. Licht-,  
Kraft- und Signalanlagen. Verkauf  
elektr. Bedarfsartikel  
Ausführg. sämtl. Reparaturen  
Preiswerte, gediegene Arbeit

**Krause-Pianos zur Miete**  
Ausbacher Str. 1,  
10179 Berlin

**Pumpen**  
Koblenz  
Koblenz  
Koblenz